



EnEV-online Medien-Service für Redaktionen

Institut für Energie-Effiziente Architektur mit Internet-Medien

Melita Tuschinski, Dipl.-Ing.UT, Freie Architektin, Stuttgart

Internet: <http://medien.enev-online.de> | medien@enev-online.de |

30.11.2005



Bundesregierung forciert Gebäudesanierung

Roth: CO₂-Gebäudesanierungsprogramm auf 1,5 Milliarden Euro aufgestockt – Energiepass kommt 2006

„Eine bessere Energieeffizienz bei Gebäuden spart Betriebskosten und entlastet die Umwelt. Wir wollen die Förderung in diesem Sektor daher deutlich erhöhen. Unser Ziel ist, dass jedes Jahr fünf Prozent des älteren Gebäudebestandes energetisch saniert werden. Dazu wird das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm zukünftig mit mindestens 1,5 Milliarden Euro pro Jahr ausgestattet“, sagte die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesbauminister, Karin **Roth**, heute auf dem „zukunft haus Kongress 2005“ der Deutschen Energie-Agentur.

Die Verbesserung der Energieeffizienz ist ein Schwerpunkt der Bundesregierung. Bis 2020 soll die Energieproduktivität in Deutschland gegenüber 1990 verdoppelt werden. **Roth** verwies auf die Festlegungen der großen Koalition. Sie müssen jetzt schnell umgesetzt werden. Neben der Aufstockung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms sollen in Kürze Aufwendungen für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen in privaten Haushalten steuerlich absetzbar sein. Dadurch erwartet **Roth** insgesamt einen Investitionsschub von über 10 Milliarden Euro. „Die energetische Gebäudesanierung wird eine Jobmaschine anwerfen und auf viele Jahre zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Ökologische Verantwortung und positive wirtschaftliche Impulse lassen sich kaum besser miteinander verbinden als bei der Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Der Wohnungsbau hat eines der größten Entwicklungspotenziale für nachhaltiges Planen, Bauen und Wirtschaften“, so **Roth**.

Neben der finanziellen Förderung plant die Bundesregierung 2006 Energieausweise für den Gebäudebestand einzuführen, die für mehr Transparenz auf dem Immobilienmarkt sorgen. „Käufer und Mieter können sich dann über die energetische Qualität der angebotenen Immobilie auf einfache Weise informieren. Zu der für die Einführung des Energiepasses notwendigen Novellierung der Energieeinsparverordnung werden wir in Kürze einen Referentenentwurf vorlegen“, sagte die Staatssekretärin. Mit Blick auf die Immobilienwirtschaft kündigte sie an, sich für einfache und kosten-günstige Lösungen einzusetzen. Außerdem sollen die Möglichkeiten für Übergangsregelungen ausgeschöpft werden. Mit Inkrafttreten der Neuregelung wird die Ausstellung von Energieausweisen auch bei Neuvermietung oder Verkauf einer Immobilie Pflicht. Bei Neubauten sind ohnehin seit Anfang 2002 Energiebedarfsausweise verpflichtend vorgesehen.

Die Einführung des Energiepasses wird durch weitere ergänzende Maßnahmen staatlicher Förderung begleitet. „Die bewährten Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) werden fortgeführt und noch wirksamer gestaltet. Darüber hinaus werden wir das erfolgreiche Projekt ‚Niedrigenergiehäuser im Bestand‘ bei der Deutschen Energie-Agentur erheblich verstärken“, sagte **Roth**. Die Staatssekretärin wies auf die Bedeutung von an der Praxis orientierten Hilfestellungen, umfassenden Fachinformationen und Vorzeigeprojekten hin. „Die Praxis ist das überzeugendste Argument für die Innovationschancen und Entwicklungsperspektiven in diesem Bereich. Diesem Ziel dient die von der Bundesregierung gemeinsam mit 25 Verbänden durchgeführte ‚Initiative kostengünstig qualitätsbewusst Bauen‘, so **Roth** (weitere Informationen zu der Aktion erhalten Sie im Internet unter www.bmvbw.de).

■ **Quelle und Informationen:**

Datum: 30.11.2005

Herausgeber: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Referat Öffentlichkeitsarbeit

Pressesprecher: Dirk Inger

Invalidenstraße 44, D-10115 Berlin

Telefon: + 49 (0) 30 / 20 08 - 20 42

Telefax: + 49 (0) 30 / 20 08 - 20 59

Internet: www.bmvbw.de